

**TREFFEN DES NORDATLANTIKRATS
AUF EBENE DER AUSSENMINISTER
AM 2. UND 3. DEZEMBER 2008 IN BRÜSSEL**

SCHLUSSKOMMUNIQUE

1. Gegründet auf das dauerhafte Prinzip der Unteilbarkeit der Sicherheit der Bündnispartner, bleibt die NATO das wesentliche Forum für Sicherheitskonsultationen unter den Bündnispartnern Europas und Nordamerikas und der transatlantische Rahmen für eine starke kollektive Verteidigung unserer Bevölkerungen, unseres Gebiets und unserer Streitkräfte; dies ist das Kernziel unseres Bündnisses und seine wichtigste Aufgabe im Sicherheitsbereich. Heute haben wir unsere Geschlossenheit, unsere Solidarität und unser Bekenntnis zu der gemeinsamen Vision und den gemeinsamen demokratischen Werten des Washingtoner Vertrags bekräftigt, der die Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen widerspiegelt. Wir haben uns heute auf Maßnahmen verständigt, die zum einen unsere Fähigkeit erhöhen, an unserem Kernziel festzuhalten, und uns zum anderen besser in die Lage versetzen werden, sich abzeichnende Herausforderungen zu bewältigen, und die der Umsetzung der im April dieses Jahres auf dem NATO-Gipfeltreffen in Bukarest getroffenen Entscheidungen zusätzliche Dynamik verleihen. Wir haben ferner weitere Weisungen zu der Arbeit erteilt, die vor dem Gipfeltreffen anlässlich des 60. Jahrestags des Bestehens des Bündnisses im April 2009 in Straßburg und Kehl abzuschließen ist.

2. Der laufende Erweiterungsprozess der NATO ist ein historischer Erfolg bei der Förderung der Vision eines Europa, das ungeteilt und frei sowie durch Frieden, Demokratie und gemeinsame Werte geeint ist. Auf unserem Gipfeltreffen im nächsten Jahr beabsichtigen wir, Albanien und Kroatien als neue Mitglieder des Bündnisses willkommen zu heißen, und wir freuen uns, dass heute unsere Kollegen aus diesen beiden Ländern bei uns sind, die dieses Kommuniqué mittragen. In einer mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen vereinbaren Weise bleibt die Tür der NATO im Einklang mit Artikel 10 des Washingtoner Vertrags offen für alle europäischen demokratische Staaten, die willens und in der Lage sind, die Aufgaben und Verpflichtungen einer Mitgliedschaft zu übernehmen.

3. Heute bekräftigen wir unser Bekenntnis zu einer gemeinsamen Vision, wie bestehende Sicherheitsherausforderungen in einer Weise bewältigt werden können, die zu Frieden und Sicherheit auf dauerhafter Grundlage im euro-atlantischen Gebiet beiträgt. Wir betonen, dass die bestehenden Strukturen – die NATO, die Europäische Union (EU), die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und der Europarat – auf der Grundlage gemeinsamer Werte Ländern weiterhin jede Möglichkeit bieten, sich intensiv mit euro-atlantischen Sicherheitsbelangen im Rahmen eines über Jahrzehnte hinweg geschaffenen breiten Besitzstands zu befassen, der die Achtung der Menschenrechte, der territorialen Unversehrtheit, der Souveränität aller Staaten, ohne Trennlinien, und das Erfordernis einschließt, internationale Verpflichtungen und Vereinbarungen einzuhalten. In diesem Rahmen sind die Bündnispartner offen für einen Dialog innerhalb der OSZE über Sicherheitsauffassungen und über die Frage, wie neuen Bedrohungen begegnet werden soll, und sie streben eine möglichst umfassende Zusammenarbeit der Teilnehmerstaaten im Hinblick darauf an, einen gemeinsamen euro-atlantischen Sicherheits- und Stabilitätsraum zu fördern. Das gemeinsame Ziel sollte sein, die Umsetzung bestehender Verpflichtungen zu verbessern sowie bestehende Institutionen und Instrumente weiterhin zu verbessern, um unsere Werte und die euro-atlantische Sicherheit wirksam zu fördern.

4. Wir zollen der Professionalität und Tapferkeit der vielen Männer und Frauen aus den Bündnisstaaten und anderen Ländern, die an den Operationen und Missionen der NATO beteiligt sind, unsere Anerkennung. Wir bekunden den Familien und Angehörigen derjenigen, die in Ausübung ihres Dienstes ihr Leben gelassen haben oder verwundet wurden, unsere tief empfundene Anteilnahme.

5. Die NATO bekräftigt ihre langfristige Verpflichtung, die afghanische Regierung beim Aufbau eines stabilen und demokratischen Afghanistans zu unterstützen, das die Menschenrechte achtet, in der Lage ist, die Sicherheit im Land zu gewährleisten, und in Frieden mit seinen Nachbarn lebt. In der Erkenntnis, dass unsere Sicherheit eng mit der Afghanistans verknüpft ist, bekräftigen wir, dass die unter einem VN-Mandat operierende, NATO-geführte Internationale Sicherheitsbeistandstruppe (ISAF) unsere oberste Priorität bleibt. Wir verurteilen die

bewusste Taktik und die vorsätzlichen Aktionen Aufständischer unter völliger Missachtung von Menschenleben. Wir beklagen alle zivilen Opfer. Die ISAF wird weiterhin alle ihr möglichen Maßnahmen zum Schutz von Zivilpersonen ergreifen und hat ihre diesbezüglichen Anstrengungen verstärkt. Trotz der Aktionen von Extremisten und Terroristen, die das afghanische Volk, unsere Streitkräfte und die Stabilität in der Region insgesamt weiterhin bedrohen, haben wir mit Afghanistan und unseren Partnern bei der Verwirklichung der auf dem Bukarester Gipfeltreffen dargelegten Strategischen Vision Fortschritte erzielt, indem wir die vier Grundsätze unseres umfassenden strategischen militärpolitischen Plans umgesetzt haben:

- Ein festes gemeinsames Engagement der Bündnispartner: Wir sind nach wie vor entschlossen, die ISAF mit den Streitkräften, Ressourcen und der Flexibilität auszustatten, die den Erfolg der Mission gewährleisten. Seit dem Gipfeltreffen haben wir den Beitrag der ISAF zu Afghanistan mit Truppen und Ausrüstung erhöht, und wir begrüßen die starke, zunehmende Unterstützung durch ISAF-Partnernationen. Die für 2009 geplanten Präsidenten- und Provinzwahlen und die Parlaments- und Distriktwahlen, die 2010 folgen sollen, werden wichtige Meilensteine für die demokratische Entwicklung Afghanistans sein. Die ISAF wird die Bemühungen der afghanischen Regierung um Absicherung des Wahlprozesses unterstützen, auch durch die zeitlich befristete Dislozierung zusätzlicher Streitkräfte.

- Unterstützung für eine verstärkte afghanische Führungsrolle und Verantwortung: Beim Aufbau der nationalen afghanischen Sicherheitskräfte sind bedeutende Fortschritte erzielt worden. Sie haben die führende Verantwortung für die Sicherheit in der Stadt Kabul übernommen, spielen zunehmend eine führende Rolle bei Sicherheitsoperationen, und beginnen, ihren Aktionsradius landesweit auszudehnen. Wir sind entschlossen, den Aufwuchs der nationalen afghanischen Armee (ANA) zu unterstützen, und die notwendigen Ressourcen, darunter zusätzliche Berater- und Verbindungsteams im Einsatz, zur Verfügung zu stellen. Wir sondieren derzeit auch, wie der ANA-Treuhandfonds diesen Aufwuchs erleichtern könnte. Ebenso unterstützen wir intensivere Anstrengungen der Bündnisnationen und Partner, den Aufbau der nationalen afghanischen Polizei in Abstimmung mit

Programmen und Missionen der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union zu beschleunigen.

- Ein umfassender zivil-militärischer Ansatz der internationalen Gemeinschaft: In der Erkenntnis, dass es keine rein militärische Lösung gibt, ist die NATO auch bereit, von Afghanistan getragene Bemühungen um eine politische Lösung des Konflikts zu unterstützen. Die ISAF wird die afghanische Regierung dabei unterstützen, ihre Autorität über das ganze Land zu erstrecken und alle Bürger zu erreichen, um auf der Grundlage der nationalen afghanischen Entwicklungsstrategie sowie der im Afghanistan Compact und auf der Pariser Konferenz eingegangenen Verpflichtungen verantwortungsbewusstes staatliches Handeln und Entwicklung zu ermöglichen. In dieser Hinsicht ermutigen wir die afghanische Regierung, weiterhin in verantwortungsbewusstes staatliches Handeln zu investieren. Wir unterstreichen unsere nachhaltige Unterstützung für die führende Rolle der Hilfsmision der Vereinten Nationen in Afghanistan. Die Regionalen Wiederaufbauteams (PRT) spielen unverändert eine wichtige Rolle bei der Förderung von verantwortungsbewusstem staatlichen Handeln, Kapazitätenaufbau, Wiederaufbau und Entwicklung. Wir werden darauf hinwirken, die Kohärenz der Anstrengungen der PRT weiter zu verbessern, und werden die Verknüpfungen zwischen den PRT-Tätigkeiten und den Zielen der afghanischen Regierung in den Bereichen verantwortungsbewusstes staatliches Handeln und gemeinschaftliches Engagement auch künftig stärken.
- Eine intensivere Zusammenarbeit mit den Nachbarn Afghanistans, insbesondere mit Pakistan: Wir begrüßen die sich verbessernden Beziehungen zwischen Kabul und Islamabad und die jüngsten Militäraktionen Pakistans gegen Extremisten an der Grenze zu Afghanistan als einen Beitrag zur Förderung von Frieden und Stabilität in der Region. Wir begrüßen eine engere Abstimmung zwischen der NATO-ISAF, Afghanistan und Pakistan durch die Dreiparteienkommission und andere Gremien und werden Schritte zur Verbesserung der Grenzsicherheit unternehmen; dabei werden wir auch die Schaffung von mehr Grenzkoordinierungszentren und andere mögliche

gemeinsame Initiativen sondieren. Die NATO ist offen für eine engere militärisch-militärische Zusammenarbeit und einen verstärkten hochrangigen politischen Dialog mit Pakistan. Wir werden unseren verstärkten Dialog mit den zentralasiatischen Partnern und Afghanistan zur Unterstützung der regionalen Zusammenarbeit und eines stabilen Afghanistans fortsetzen und sie zugleich zu einem aktiven Beitrag ermuntern, auch durch die Finalisierung von Transitvereinbarungen zwischen zentralasiatischen Ländern und dem Bündnis.

6. Die robuste, unter einem VN-Mandat operierende NATO-geführte KFOR wird auf der Grundlage der Resolution 1244 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen in Kosovo bleiben. In ganz Kosovo werden die NATO und die KFOR weiterhin mit den Behörden zusammenarbeiten, und eingedenk ihres operativen Mandats wird die KFOR, soweit angemessen, mit den Vereinten Nationen, der Europäischen Union und anderen internationalen Akteuren zusammenarbeiten und diesen dabei helfen, die Entwicklung eines stabilen, demokratischen, multiethnischen und friedlichen Kosovos zu unterstützen. Die rasche Dislozierung der Rechtsstaatmission der Europäischen Union (EULEX) in ganz Kosovo ist eine dringliche Priorität, und in diesem Zusammenhang nehmen wir die Verabschiedung einer Erklärung der Präsidentschaft des VN-Sicherheitsrats zur Unterstützung der Neukonfiguration der Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen in Kosovo (UNMIK) zur Kenntnis. Wir ermutigen die Kosovo-Behörden und Serbien nachdrücklich, während des Zeitraums der Machtübergabe und danach in vollem Umfang mit allen beteiligten Akteuren zusammenzuarbeiten. Wir erwarten, dass alle betroffenen Parteien in Kosovo helfen, Gewalt zu verhindern. Wir halten eine enge Abstimmung aller beteiligten internationalen Akteure sowie mit den Kosovo-Behörden für wichtig. Wir begrüßen die fortgesetzten Bemühungen dieser Behörden und erwarten, dass sie ihren Verpflichtungen in Bezug auf Standards in vollem Umfang gerecht werden, insbesondere was die Rechtsstaatlichkeit und den Schutz ethnischer Minderheiten und Gemeinschaften und den Schutz historischer und religiöser Stätten sowie die Bekämpfung der Kriminalität und Korruption angeht. Die NATO ist bereit, ihren Teil zur Umsetzung künftiger Sicherheitsvereinbarungen beizutragen, und arbeitet im Rahmen der neuen Aufgaben der NATO weiterhin auf den Abbau des Kosovo-Schutzkorps und den Aufbau der Kosovo-Sicherheitstruppe auf der Grundlage unserer freiwilligen Treuhandfonds hin.

7. Wir bekräftigen die Entschlossenheit des Bündnisses, die Regierung und Bevölkerung von Irak zu unterstützen und beim Aufbau der irakischen Sicherheitskräfte zu helfen. Wir haben positiv auf ein Ersuchen von Premierminister Al-Maliki reagiert, die NATO-Ausbildungsmission für Irak (NTM-I) fortzusetzen und die Mission in mehreren Bereichen auszuweiten, darunter Ausbildung der Führungskräfte in Marine und Luftwaffe, Polizeiausbildung, Grenzsicherheit, Reform des Verteidigungssektors, Aufbau von Verteidigungsinstitutionen sowie Rechenschaftspflicht in Bezug auf Kleinwaffen und leichte Waffen. Die NATO arbeitet ferner mit der irakischen Regierung an einem strukturierten Rahmen der Zusammenarbeit, um die langfristigen Beziehungen des Bündnisses zu Irak auszubauen.

8. Unsere in Afghanistan und Kosovo gemachten Erfahrungen zeigen, dass die sicherheitspolitischen Herausforderungen von heute eines umfassenden Ansatzes der internationalen Gemeinschaft, der zivile und militärische Maßnahmen verbindet, und der Abstimmung bedürfen. Die wirksame Umsetzung eines umfassenden Ansatzes erfordert die Zusammenarbeit und den Beitrag aller wichtigen Akteure im gemeinsamen Bewusstsein der Offenheit und Entschlossenheit. Es kommt darauf an, dass alle internationalen Akteure koordinierte Bemühungen unternehmen, die ihre jeweiligen Stärken und Mandate berücksichtigen. In Übereinstimmung mit dem in Bukarest vereinbarten Aktionsplan ist die Arbeit zur Verbesserung des eigenen Beitrags der NATO zu einem solchen umfassenden Ansatz im Gange, auch durch die einheitlichere Anwendung ihrer Krisenbewältigungsinstrumente und Bemühungen, ihre militärischen Fähigkeiten mit zivilen Mitteln zu verknüpfen. Als Teil des Aktionsplans entwickeln wir derzeit Möglichkeiten zur Verbesserung der Planung und Durchführung laufender und künftiger Operationen, wo immer dies angemessen ist, und wir werden dafür Sorge tragen, dass die gemachten Erfahrungen, auch auf den Gebieten Ausbildung, Bildung und Übungen, adäquat genutzt werden. Wir stärken ferner unsere Fähigkeit, mit Partnerländern, internationalen Organisationen, nichtstaatlichen Organisationen und lokalen Behörden effizient zusammenzuarbeiten, wodurch die Synergieeffekte auf allen Ebenen verbessert werden. Wir haben einen Fortschrittsbericht zur Kenntnis genommen und hoffen auf weitere konkrete Ergebnisse bis zum nächsten Gipfeltreffen. Wir haben alle

wichtigen internationalen Akteure über die wesentlichen Aspekte unserer Arbeit unterrichtet, damit wir von ihren Ansichten und Beiträgen profitieren können.

9. Die mehr als zehnjährige Zusammenarbeit zwischen der NATO und den Vereinten Nationen, insbesondere auf dem Balkan und in Afghanistan, hat gezeigt, wie wertvoll eine effektive und effiziente Abstimmung zwischen den beiden Organisationen ist. Wir sind entschlossen, unsere Zusammenarbeit strukturiert weiterzuentwickeln, damit wir die Bedrohungen und Herausforderungen, auf die zu reagieren die internationale Gemeinschaft aufgerufen ist, besser bewältigen können. Die Gemeinsame VN-NATO-Erklärung, die die beiden Generalsekretäre im September 2008 unterzeichnet haben, ist ein bedeutender Schritt in diese Richtung. Sie bekräftigt auch unsere Bereitschaft, regionalen und subregionalen Organisationen im Rahmen unserer jeweiligen Mandate und Fähigkeiten Hilfe zu leisten, wenn dies erwünscht und angemessen ist.

10. Wie durch die rasche Entsendung der Operation „Allied Provider“ durch die NATO deutlich wurde, sind wir sehr besorgt über die wachsende Zahl von Piratenangriffen vor dem Horn von Afrika, und wir sind entschlossen, dabei zu helfen, diese Geißel unter voller Achtung der einschlägigen Resolutionen des VN-Sicherheitsrats zu bekämpfen. Dementsprechend sind als Antwort auf Ersuchen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen Marinestreitkräfte der NATO und einzelner Bündnispartner zur Abschreckung präsent und eskortieren vom Welternährungsprogramm gecharterte Schiffe, die humanitäre Hilfsgüter nach Somalia bringen. Marinestreitkräfte der NATO sind auch zur Gewährleistung der Sicherheit im Seeraum präsent und eskortieren von der Afrikanischen Union gecharterte Schiffe, die logistische Versorgungsgüter für die Mission der Afrikanischen Union in Somalia (AMISOM) transportieren. Wir begrüßen die bevorstehende Operation ATALANTA der Europäischen Union. Im Zuge der Beteiligung weiterer Akteure an diesen wichtigen Anstrengungen ist es von entscheidender Bedeutung, Komplementarität zwischen ihnen zu gewährleisten. Die NATO ist bereit, weitere Ersuchen um Nutzung von Fähigkeiten der Marinestreitkräfte des Bündnisses zur Bekämpfung der Piraterie in dieser Region zu prüfen.

11. Zusätzlich zur Hilfe im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Piraterie ist die NATO entschlossen, die Afrikanische Union (AU) und ihre Friedens- und Stabilitätsoperationen auch auf andere Weise zu unterstützen. Wir werden die Unterstützung für AMISOM im Bereich Lufttransport weiterhin koordinieren. Auf Ersuchen der AU leisten wir ferner Unterstützung beim Aufbau langfristiger Friedenskapazitäten der AU, insbesondere der Afrikanischen Eingreiftruppe. Wir sind bereit, weitere Ersuchen um Unterstützung der AU zu prüfen; dies schließt den Aufbau regionaler maritimer Kapazitäten ein.

12. Wie in Bukarest festgestellt, betreffen die Beziehungen zwischen der NATO und der EU eine breite Palette von Fragen von gemeinsamem Interesse, die sich auf Sicherheit, Verteidigung und Krisenbewältigung einschließlich des Kampfes gegen den Terrorismus, der Entwicklung kohärenter und sich gegenseitig verstärkender militärischer Fähigkeiten und ziviler Notfallplanung beziehen. Die NATO und die EU haben auch gemeinsame Werte und strategische Interessen und werden bei zentralen Krisenbewältigungsoperationen weiterhin Seite an Seite arbeiten; im Geist gegenseitiger Transparenz werden sie unnötige Doppelarbeit vermeiden und zugleich die Autonomie jeder Organisation respektieren. Seit Bukarest sind im Rahmen der kontinuierlichen Bemühungen um eine Verbesserung der strategischen Partnerschaft zwischen der NATO und der EU, wie von unseren beiden Organisationen vereinbart, verschiedene Initiativen ergriffen worden. Die NATO weiß um die Bedeutung einer stärkeren und leistungsfähigeren europäischen Verteidigung und begrüßt die Bemühungen der EU, ihre Kapazitäten und ihre Fähigkeit, globalen Sicherheits Herausforderungen, mit denen heute sowohl die NATO als auch die EU konfrontiert sind, zu stärken. Diese Entwicklungen haben bedeutende Auswirkungen und sind von erheblicher Relevanz für das Bündnis als Ganzes; deshalb ist die NATO bereit, die EU bei derartigen sich gegenseitig verstärkenden Anstrengungen zu unterstützen und mit ihr zusammenzuarbeiten, wobei sie die aktuellen Belange von Bündnispartnern berücksichtigt. Nicht der EU angehörende Bündnispartner haben bedeutende Beiträge zu diesen Bemühungen geleistet und werden dies auch weiterhin tun. In diesem Zusammenhang sind wir unverändert der Auffassung, dass alle an diesen Anstrengungen Beteiligten alle erdenklichen Bemühungen unternehmen sollten und auch eine möglichst umfassende Einbindung von nicht der EU angehörenden Bündnispartnern ermöglicht werden soll.

13. Das Informationsumfeld unserer Zeit unterstreicht, dass es notwendig ist, die Politik der NATO und ihr Engagement in internationalen Operationen der lokalen und internationalen Öffentlichkeit in geeigneter Weise, zeitgerecht, genau und bedarfsgerecht zu vermitteln. Wir begrüßen die Fortschritte, die bei der Stärkung der strategischen Kommunikationsfähigkeit der NATO erzielt wurden; sie werden durch das Medienoperationszentrum für Krisenfälle und den Fernsehsender der NATO im Internet veranschaulicht. Wir unterstreichen unsere Entschlossenheit, unsere strategische Kommunikation bis zu unserem Gipfel im Jahr 2009 weiter zu verbessern.

14. Wir verurteilen die Anschläge in Mumbai in der letzten Woche auf das Schärfste und bekunden den Opfern und ihren Familien unser tiefstes Mitgefühl.

15. Wir bekräftigen, dass wir alle terroristischen Gewalttaten ungeachtet ihrer Beweggründe oder Erscheinungsformen verurteilen. Wir sind entschlossen, den Terrorismus einzeln und gemeinsam so lange wie notwendig im Einklang mit dem Völkerrecht und den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen zu bekämpfen. Das Bündnis ist weiterhin eine essenzielle transatlantische Größe für die Reaktion auf den Terrorismus, und wir bekennen uns unverändert zur vollen Umsetzung der Resolutionen des VN-Sicherheitsrats betreffend den Terrorismus. Wir verurteilen unmissverständlich alle terroristischen Gewalttaten als nicht zu rechtfertigen und kriminell; ferner verurteilen wir taktische Maßnahmen wie Selbstmordanschläge und Geiselnahmen sowie die Rekrutierung junger und benachteiligter Menschen zu diesem Zweck. Wir verurteilen auch den Missbrauch von demokratischen Gesellschaften innewohnenden Freiheiten durch Terroristen mit dem Ziel, Hass zu säen und zu Gewalt anzustacheln. Entschlossen, unsere Bevölkerungen, unsere Gebiete, unsere Infrastruktur und unsere Streitkräfte vor Terroranschlägen zu schützen, werden die Bündnispartner weiterhin ihre nationalen Fähigkeiten in diesem wichtigen Bereich ausbauen und die Fähigkeit des Bündnisses stärken, Informationen und nachrichtendienstliche Erkenntnisse über den Terrorismus auszutauschen. Operation „Active Endeavour“, unser maritimer Einsatz im Mittelmeer, leistet weiterhin einen wertvollen Beitrag im Kampf gegen den Terrorismus. Wir sind unverändert entschlossen, unseren Dialog und unsere

Zusammenarbeit mit unseren Partnern in diesem wichtigen Bereich fortzusetzen, auch im Rahmen des Partnerschaftsaktionsplans gegen den Terrorismus.

16. Wir freuen uns darauf, Albanien und Kroatien als neue Bündnismitglieder willkommen zu heißen; dies wird die Sicherheit für alle im euro-atlantischen Gebiet erhöhen. Albanien und Kroatien haben bereits wichtige Reformen durchgeführt und leisten signifikante Beiträge zu unserer Sicherheit. Da Albanien und Kroatien bald an dem kontinuierlichen Transformations- und Reformprozess des Bündnisses beteiligt sein werden, bestärken wir die beiden Länder darin, vor Abschluss ihrer laufenden Arbeit am Aktionsplan zur Mitgliedschaft (MAP) und nach dem Beitritt weitere Fortschritte auf dem Weg der Reform zu machen, um ihren Beitrag zum Bündnis zu erhöhen. Wir würdigen die im Juli 2008 erfolgte Unterzeichnung der Beitrittsprotokolle und sehen dem Abschluss des Ratifizierungsverfahrens erwartungsvoll entgegen. Unser Ziel ist es, die beiden neuen Mitglieder auf unserem nächsten Gipfeltreffen im Bündnis willkommen zu heißen.

17. Wir bekräftigen das von den Staats- und Regierungschefs auf dem Bukarester Gipfeltreffen erzielte Einvernehmen, dass eine Einladung an die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien¹ ergehen wird, sobald für die Namensfrage eine beiderseits annehmbare Lösung im Rahmen der Vereinten Nationen gefunden worden ist, und rufen dringend zu intensivierten Anstrengungen zur Erreichung dieses Zieles auf. Gleichzeitig werden wir die Reformbemühungen der Regierung der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien weiterhin unterstützen und fördern.

18. Wir bekräftigen alle Elemente der Entscheidungen, die unsere Staats- und Regierungschefs in Bukarest betreffend die Ukraine und Georgien getroffen haben. Beide Länder haben Fortschritte erzielt, doch müssen beide noch viel tun. Daher haben wir beschlossen, beiden Ländern bei der Umsetzung der erforderlichen Reformen auf ihrem Weg zur NATO-Mitgliedschaft weiterhin zu helfen.

¹ Die Türkei erkennt die Republik Mazedonien mit ihrem verfassungsmäßigen Namen an.

19. Durch einen auf Leistung beruhenden Prozess wird die NATO ihren Rat, ihre Hilfe und ihre Unterstützung für die Reformbemühungen dieser Länder im Rahmen der NATO-Ukraine-Kommission und der NATO-Georgien-Kommission maximieren, die bei der Überwachung des auf dem Gipfeltreffen in Bukarest aufgegriffenen Prozesses eine zentrale Rolle spielen. In diesem Zusammenhang haben wir beschlossen, die NATO-Ukraine-Charta über eine ausgeprägte Partnerschaft zusammen mit unseren ukrainischen Partnern zu ändern, damit diese zentrale Rolle der NATO-Ukraine-Kommission ihren Niederschlag findet, wie dies bereits bei der NATO-Georgien-Kommission der Fall ist. Wir haben auch beschlossen, die Informations- und Verbindungsbüros der NATO in Kiew und Tiflis zu verstärken. Ferner sind wir ungeachtet weiterer Entscheidungen, die bezüglich MAP getroffen werden müssen, übereingekommen, dass im Rahmen der NATO-Georgien-Kommission und der NATO-Ukraine-Kommission jährliche nationale Programme mit dem Ziel entwickelt werden, Georgien und der Ukraine dabei zu helfen, ihre Reformen voranzubringen; diese Programme werden von den Bündnispartnern jährlich überprüft.

20. Wir begrüßen die Fortschritte, die Bosnien und Herzegowina und Montenegro in ihrer Zusammenarbeit mit dem Bündnis erzielt haben, und die Entwicklung ehrgeiziger Individueller Partnerschaftsaktionspläne (IPAP) mit beiden Ländern. Wir erwarten, dass beide Länder die Dynamik bei der Umsetzung dieser Aktionspläne aufrecht erhalten, und vermerken positiv ihre Absicht, die Integration durch regionale Kooperationsinitiativen zu verbessern. Wir begrüßen die Aufnahme eines Intensivierten Dialogs mit beiden Ländern über die gesamte Palette politischer, militärischer, finanzieller und sicherheitsrelevanter Fragen im Zusammenhang mit ihren Mitgliedschaftsbestrebungen, ungeachtet einer möglichen Entscheidung durch das Bündnis. Ungeachtet unserer künftigen Entscheidung betreffend Montenegros Ersuchen um MAP-Teilnahme begrüßen wir das Interesse des Landes, auf dem Weg zur euro-atlantischen Integration voranzuschreiten.

21. Trotz der in einigen Bereichen erzielten Fortschritte sind wir über die Verschlechterung des politischen Klimas in Bosnien und Herzegowina in den letzten Monaten besorgt; dies gefährdet die verfassungsmäßige Struktur des Landes und seine Aussichten auf eine euro-atlantische Integration. Wir ermutigen alle führenden

Politiker im Land, eine verantwortungsbewusstere Haltung einzunehmen und auf die rasche Umsetzung von Vereinbarungen aus jüngerer Zeit, wie die betreffend Liegenschaften der Streitkräfte zu drängen. Wir sind tief besorgt über die unverantwortlichen politischen Äußerungen und Aktionen, die den bosnischen Staat schwächen und die Existenz seiner Entitäten gefährden; dies beinhaltet auch den Zerfall des Staates Bosnien und Herzegowina; all dies könnte tief greifende Auswirkungen haben. Die am 8. November 2008 zwischen einigen bosnischen Führern erzielte politische Vereinbarung ist ein willkommenes Dialogzeichen. Wir rufen alle führenden Politiker in Bosnien und Herzegowina dringend auf, konkrete Änderungen in Übereinstimmung mit den Erfordernissen des Rates für die Umsetzung des Friedens betreffend die Schließung des Büros des Hohen Beauftragten vorzunehmen. Die NATO bleibt wachsam und wird die politischen Entwicklungen eingehend beobachten. Wir erachten es als wichtig, dass die internationale Präsenz in Bosnien und Herzegowina die politische und die Sicherheitslage berücksichtigt. Die NATO ist nach wie vor entschlossen, die Operation EURFOR-ALTHEA durch die Berlin-Plus-Vereinbarungen weiterhin zu unterstützen. Wir messen daher einer effizienten Zusammenarbeit und effizienten Konsultationen zwischen der EU, der NATO und den nicht der EU angehörenden Bündnispartnern größte Bedeutung bei.

22. Im Lichte des erklärten Bekenntnisses der neuen serbischen Regierung zu euro-atlantischen Werten und einer euro-atlantischen Partnerschaft unterstützt die NATO weiterhin die Integration Serbiens in die euro-atlantische Staatengemeinschaft. Wir begrüßen den Wunsch Serbiens, die praktische Zusammenarbeit mit der NATO weiter zu verfolgen, auch durch die volle Nutzung der Partnerschaft für den Frieden (PfP). Die kürzliche Unterzeichnung des Abkommens mit der NATO über die Sicherheit von Informationen ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Wir sind bereit, unsere Partnerschaft weiterzuentwickeln, insbesondere durch die Ausarbeitung eines Individuellen Partnerschaftsaktionsplans (IPAP) in Übereinstimmung mit den PfP-Grundsätzen der Einbeziehung aller und der Selbstdifferenzierung. Alle im Rahmen einer NATO-Partnerschaft gebotenen Möglichkeiten für politische Konsultationen und praktische Zusammenarbeit stehen Serbien unverändert offen. Wir rufen Serbien auf, seinen Einfluss auf die betroffenen

Parteien in Kosovo dahin gehend geltend zu machen, dass sie auf Gewalt verzichten.

23. Wir würdigen die Tatsache, dass Serbien vor kurzem Radovan Karadzic, der Kriegsverbrechen beschuldigt wird, festgenommen und ausgeliefert hat, und fordern Serbien dringend auf, seine Bemühungen fortzusetzen, um insbesondere den flüchtigen Ratko Mladic und die übrigen Flüchtigen festzunehmen und auszuliefern. Wir erwarten nach wie vor, dass Serbien sowie Bosnien und Herzegowina in vollem Umfang mit dem Internationalen Gerichtshof für das ehemalige Jugoslawien zusammenarbeiten, und wir werden die jeweiligen Anstrengungen dieser Länder in dieser Hinsicht aufmerksam beobachten.

24. Zwar sind wir unverändert der Ansicht, dass Beziehungen zwischen der NATO und Russland, die auf konstruktivem Dialog – auch über Fragen, in denen das Bündnis und Russland unterschiedlicher Meinung sind – und Zusammenarbeit beruhen, für die euro-atlantische Sicherheit wichtig sind, doch haben die russischen Aktionen und Erklärungen der jüngeren Zeit unser Vertrauen in das fortdauernde Bekenntnis Moskaus zu den Werten und Prinzipien ernsthaft erschüttert, die den Beziehungen zwischen der NATO und Russland zugrunde liegen. Nach den unverhältnismäßigen russischen Militäraktionen während des Konflikts mit Georgien im August stellten wir fest, dass wir in unseren Beziehungen zu Russland nicht einfach wieder zur Tagesordnung übergehen könnten. Die anschließende Anerkennung der Regionen Südossetien und Abchasien in Georgien durch Russland, die wir verurteilen und zu deren Rücknahme wir Russland aufrufen, verstößt gegen die OSZE-Grundsätze, auf denen die Sicherheit Europas beruht, und gegen die von Russland gebilligten Resolutionen des VN-Sicherheitsrats betreffend die territoriale Unversehrtheit Georgiens. Wir bekräftigen, dass wir an diesen Werten und Prinzipien festhalten, und rufen Russland auf, sein eigenes Bekenntnis dazu unter Beweis zu stellen. Wir fordern Russland auf, auf konfrontative Äußerungen, darunter Forderungen nach einer Einflussphäre, und Drohungen gegen die Sicherheit der von Bündnispartnern und Partnern wie beispielsweise diejenige betreffend die mögliche Stationierung von Kurzstreckenraketen in der Region Kaliningrad zu verzichten. Wir rufen Russland ferner auf, die mit Georgien vereinbarten Verpflichtungen, die durch die EU am 12. August und 8.

September 2008 vermittelt wurden², in vollem Umfang umzusetzen. Im Zusammenhang mit Georgien betrachten wir Russlands Abzug aus den Gebieten, die zu verlassen es sich verpflichtet hat, als einen wesentlichen Schritt und begrüßen die Schritte, die bisher zur Umsetzung dieser Verpflichtungen unternommen wurden; zugleich unterstreichen wir, wie wichtig der uneingeschränkte Zugang für internationale Beobachter ist, und erinnern Russland an seine Verantwortung in Bezug auf Sicherheit und Ordnung. Wir bekunden unsere Unterstützung für einen konstruktiven Austausch zwischen allen an den internationalen Genfer Gesprächen Beteiligten, die darauf abzielen, rasch Fortschritte in den noch offenen Sicherheitsfragen und humanitären Angelegenheiten zu erzielen. Wir fordern Russland und alle anderen betroffenen Akteure auf, sich im weiteren Verlauf der Genfer Gespräche nach wie vor konstruktiv für die Lösung dieser ungeklärten Fragen einzusetzen.

25. Die Partnerschaft zwischen der NATO und Russland wurde als strategisches Element zur Förderung der Sicherheit im euro-atlantischen Gebiet konzipiert. Dialog und Zusammenarbeit bleiben für unsere gemeinsame Fähigkeit wichtig, gemeinsamen Bedrohungen und Herausforderungen im Bereich der Sicherheit wirksam zu begegnen. Seit August sind wir im NATO-Russland-Rat (NRR) nicht einfach wieder zur Tagesordnung übergegangen. In einer auf gemeinsame Werte gegründeten Partnerschaft führt ein mangelndes gemeinsames Bekenntnis zu diesen Werten naturgemäß dazu, dass die Beziehungen und der Handlungsspielraum für kooperative Maßnahmen beeinträchtigt werden. Dies spiegelt sich in dem begrenzten Umfang unserer derzeitigen praktischen Zusammenarbeit wider. Vor diesem Hintergrund haben wir uns auf ein schrittweises Vorgehen mit Augenmaß geeinigt: Wir haben den Generalsekretär beauftragt, den Kontakt mit Russland auf politischer Ebene wieder aufzunehmen, wir haben informellen Diskussionen im NRR zugestimmt und den Generalsekretär gebeten, uns vor jedweder Entscheidung über formale Kontakte mit Russland im NRR zu berichten.

26. Die NATO-Politik der Öffnung durch Partnerschaften, Dialog und Zusammenarbeit ist ein wesentlicher Teil der Zielsetzung und der Aufgaben des Bündnisses. Die Partnerschaften des Bündnisses überall auf der Welt sind von

² Ergänzt durch die Klarstellungen von Präsident Sarkozy und die Korrespondenz in dieser Angelegenheit

dauerhaftem Wert und tragen zu Stabilität und Sicherheit im euro-atlantischen Gebiet und darüber hinaus bei. Wir wissen die Beiträge, die unsere Partner zu den Missionen und Operationen der NATO leisten, sehr zu schätzen.

27. Wir sind unverändert zu substanziellen politischen Diskussionen und einer wirksamen Zusammenarbeit innerhalb des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats (EAPR) und der Partnerschaft für den Frieden (PfP) auf der Grundlage gemeinsamer Werte und Prinzipien entschlossen. Die NATO erwartet von allen Partnern, dass sie ihre Verpflichtungen in Bezug auf diese Werte und Prinzipien erfüllen. Wir ermutigen zu weiteren Reformen im Verteidigungssektor und in anderen Bereichen und werden diese weiterhin unterstützen, auch in den strategisch wichtigen Regionen des Kaukasus und Zentralasiens. Wir sehen dem EAPR-Sicherheitsforum, das im Juni 2009 in Kasachstan stattfinden soll, mit Erwartung entgegen.

28. Wir trafen gestern mit unseren sieben Partnern des Mittelmeerdialogs zusammen, um die seit unserem letzten Treffen im Jahr 2007 im Mittelmeerdialog erzielten beträchtlichen Fortschritte zu überprüfen und andere Fragen von gemeinsamem Interesse zu erörtern. Wir hoffen, auf diesen Fortschritten aufbauen und unsere Beziehungen durch politischen Dialog und praktische Zusammenarbeit weiter vertiefen zu können, auch im Zusammenhang mit der NATO-Initiative für die Zusammenarbeit in der Aus- und Fortbildung und durch die Nutzung von Treuhandmechanismen wie denen für Jordanien. Wir sind der Auffassung, dass Frieden und Stabilität in der Mittelmeerregion für unsere eigene Sicherheit von wesentlicher Bedeutung sind. Wir begrüßen das Angebot der spanischen Regierung, im Frühjahr 2009 die nächste Ministertagung des Mittelmeerdialogs auszurichten.

29. Wir sind erfreut über die Reaktion der vier Golfstaaten, die an unserer Istanbuler Kooperationsinitiative (ICI) teilnehmen, auch was die NATO-Initiative für die Zusammenarbeit in der Aus- und Fortbildung betrifft, und sind entschlossen, unsere Zusammenarbeit in diesem und in anderen Bereichen weiter zu intensivieren. Die derzeitige Dislozierung des Ständigen Maritimen Einsatzverbands 2 der NATO in der Golfregion und die Übungen, die er mit ICI-Partnern durchführt, sind Ausdruck unser gegenseitiges Interesse an der Weiterentwicklung unserer Fähigkeit, gemeinsam zu operieren.

30. Wir sind ebenfalls erfreut über das wachsende Interesse in vielen Ländern jenseits des euro-atlantischen Gebiets, engere Beziehungen zur NATO zu entwickeln. Viele dieser Länder unterstützen unsere Operationen, sind in die praktische Zusammenarbeit mit dem Bündnis in Schlüsselbereichen wie Bildung und Ausbildung eingebunden und führen regelmäßige Konsultationen mit der NATO zu Themen wie dem Kampf gegen den Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen durch. Uns ist am Engagement der NATO mit Partnern überall auf der Welt und an der Weiterentwicklung unseres politischen Dialogs und der praktischen Zusammenarbeit mit diesen Ländern in Bereichen von gemeinsamem Interesse gelegen.

31. Die Transformation der NATO ist ein kontinuierlicher Prozess, der ständige politische Aufmerksamkeit und aktives Management seitens der Bündnispartner erfordert. Wir müssen die Bereitstellung von Streitkräften gewährleisten, damit das Bündnis das volle Spektrum seiner Missionen erfüllen kann, einschließlich der Operationen zur kollektiven Verteidigung und der Krisenreaktionseinsätze, wie sie im Strategischen Konzept und in der Umfassenden Politischen Leitlinie vorgesehen sind. Als Bündnis sind wir entschlossen, Politiken und Fähigkeiten für die Auseinandersetzung mit sich abzeichnenden Herausforderungen und Bedrohungen zu entwickeln, wobei regionale und nationale Gesichtspunkte zu berücksichtigen sind, und uns mit den unmittelbaren Sicherheitsbelangen aller Bündnispartner auseinanderzusetzen. Zu diesem Zweck begrüßen wir die Entscheidung zur Erhöhung der politischen Ziele für die Dislozierbarkeit von Landstreitkräften. Außerdem wird das Bündnis seine Bemühungen fortsetzen, die es in die Lage versetzen, die NATO-Reaktionskräfte durch Bereitstellung der notwendigen Streitkräfte zu dislozieren. Im Rahmen des sich entwickelnden Verteidigungsplanungsprozesses wird das Bündnis die Fähigkeiten weiter entwickeln, die zur Durchführung des vollen Spektrums seiner Missionen und zur Beseitigung spezifischer Lücken erforderlich sind. Wir werden insbesondere auf die Verbesserung der strategischen Transportmittel, auf eine größere Verfügbarkeit von für Einsätze geeigneten Hubschraubern und auf die Erhöhung des Schutzes vor Computerkriminalität hinarbeiten. Wir sind unverändert entschlossen, eine umfassende Politik zur Verhinderung der Verbreitung von

Massenvernichtungswaffen und zur Verbesserung des Schutzes vor chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Bedrohungen zu entwickeln.

32. Die Verbreitung ballistischer Flugkörper stellt für die Streitkräfte, das Gebiet und die Bevölkerungen der Bündnispartner eine zunehmende Bedrohung dar. Die Raketenabwehr ist Teil einer breiter angelegten Antwort zur Begegnung dieser Bedrohung. Wir erkennen daher den substanziellen Beitrag zum Schutz der Bündnispartner vor ballistischen Flugkörpern großer Reichweite, der durch die geplante Dislozierung amerikanischer Raketenabwehrelemente in Europa geboten werden soll. Entsprechend dem auf dem Bukarester Gipfeltreffen erteilten Auftrag sondieren wir gegenwärtig Möglichkeiten, diese Fähigkeit mit den derzeitigen NATO-Anstrengungen im Bereich der Raketenabwehr zu verknüpfen, um sicherzustellen, dass sie integraler Bestandteil einer künftigen NATO-weiten Raketenabwehrarchitektur würde. Unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Unteilbarkeit der Sicherheit der Bündnispartner sowie der NATO-Solidarität haben die Bündnispartner die Fortschritte bei der Entwicklung von Optionen für eine umfassende Raketenabwehrarchitektur zur Kenntnis genommen, die den Abdeckungsbereich auf das gesamte europäische Bündnisgebiet und alle Bevölkerungen erstrecken soll, die nicht anderweitig durch das System der Vereinigten Staaten abgedeckt sind; diese Optionen sollen auf unserem Gipfeltreffen 2009 überprüft werden, um Grundlage für jedwede künftige politische Entscheidung zu sein. Da alle Optionen die geplante Dislozierung amerikanischer Raketenabwehrelemente in Europa einschließen, nehmen wir die Unterzeichnung von Abkommen der Tschechischen Republik und der Republik Polen mit den Vereinigten Staaten betreffend diese Elemente als relevante Entwicklung zur Kenntnis. Wie die Verteidigungsminister auf ihrem Treffen im Oktober 2008 nahmen auch wir heute den Plan zur Kenntnis, die Analyse der Raketenabwehroptionen für eine umfassende Raketenabwehrarchitektur bis zum Verteidigungsministertreffen in Krakau im Februar 2009 abzuschließen. Ein Bericht über diese Optionen wird den Staats- und Regierungschefs auf ihrem nächsten Gipfeltreffen zur Prüfung vorgelegt werden. Wir unterstützen weiterhin die laufende Arbeit zur Stärkung der Zusammenarbeit im Bereich Raketenabwehr zwischen Russland und der NATO und bleiben einem Höchstmaß an Transparenz und gegenseitigen vertrauensbildenden Maßnahmen verpflichtet, um etwaige Besorgnisse zu zerstreuen, wie dies auf dem

Gipfeltreffen in Bukarest festgestellt wurde. Ferner ermutigen wir die Russland, sich US-Vorschläge zur Zusammenarbeit in der Raketenabwehr zunutze zu machen, und wir sind unverändert bereit, das Potenzial für eine Verknüpfung der Raketenabwehrsysteme der Vereinigten Staaten, der NATO und Russlands zum geeigneten Zeitpunkt auszuloten.

33. Wir bekräftigen, dass Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung als Teil einer breiter angelegten Antwort auf Sicherheitsfragen weiterhin einen wichtigen Beitrag zu Frieden, Sicherheit und Stabilität leisten. Wir haben den Umsetzungsbericht zur Schärfung des Profils der NATO in diesem Bereich zur Kenntnis genommen. Der Bericht hebt eine breite Palette von laufenden Aktivitäten hervor, darunter die kontinuierlichen Anstrengungen zur Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und die Zerstörung überzähliger Kleinwaffen und leichter Waffen sowie überschüssiger Munition. Unser Ziel ist es, das Bewusstsein der Öffentlichkeit für den Beitrag der NATO auf dem Gebiet Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung zu schärfen. Der Rat in Ständiger Sitzung wird diese Themen fortlaufend aktiv überprüfen.

34. Wir messen dem KSE-Vertragsregime mit all seinen Elementen größten Wert bei. Wir unterstreichen die strategische Bedeutung des KSE-Vertrags, einschließlich der Flankenregelung, als Eckpfeiler der euro-atlantischen Sicherheit. Wir erinnern daran, dass die Staats- und Regierungschefs auf dem Bukarester Gipfeltreffen die Erklärung des Nordatlantikrats vom 28. März 2008 gebilligt haben. Wir bekräftigen das Bekenntnis des Bündnisses zum KSE-Vertragsregime, wie es in der Bündnisposition in Ziffer 42 der Gipfelerklärung von Riga von 2006, der Abschlusserklärung der Bündnispartner auf der außerordentlichen KSE-Konferenz in Wien sowie den Bündniserklärungen, die späteren Entwicklungen Rechnung tragen, zum Ausdruck kommt. Wir sind tief darüber besorgt, dass Russland seit nunmehr fast einem ganzen Jahr, seit 12. Dezember 2007, die einseitige „Aussetzung“ seiner rechtlichen Verpflichtungen aus dem KSE-Vertrag fortführt. Außerdem haben Russlands Aktionen in Georgien sein Bekenntnis zu den grundlegenden OSZE-Prinzipien in Frage gestellt, auf denen die Stabilität und Sicherheit in Europa beruhen: Prinzipien, die den KSE-Vertrag untermauern. Diese Aktionen laufen unserem gemeinsamen Ziel zuwider, die langfristige Tragfähigkeit des KSE-Regimes

zu erhalten, und wir rufen Russland auf, die Umsetzung umgehend wieder aufzunehmen. Wegen unseres Bekenntnisses zu kooperativer Sicherheit und der Erfüllung internationaler Übereinkünfte sowie der Bedeutung, die wir dem Vertrauen beimessen, das aus militärischer Transparenz und Vorhersehbarkeit resultiert, haben wir den Vertrag trotz Russlands „Aussetzung“ weiterhin in vollem Umfang umgesetzt. Die derzeitige Lage, in der die NATO-KSE-Bündnispartner den Vertrag umsetzen, Russland aber nicht, kann jedoch nicht unbegrenzt fortbestehen. Vor mehr als einem Jahr haben wir ein Paket konstruktiver und zukunftsgerichteter Vorschläge für parallele Maßnahmen in Schlüsselfragen vorgelegt; dies umfasste auch Schritte seitens der NATO-Bündnispartner betreffend die Ratifizierung des angepassten KSE-Vertrags und seitens Russlands betreffend offene Verpflichtungen in Bezug auf Georgien und die Republik Moldau. Wir glauben nach wie vor, dass diese Vorschläge allen von Russland geäußerten Besorgnissen Rechnung tragen. Wir fordern Russland dringend auf, kooperativ mit uns und anderen betroffenen KSE-Vertragsstaaten zusammenzuarbeiten, um auf der Grundlage des Pakets paralleler Maßnahmen eine Einigung zu erzielen, damit wir die Vorteile dieses einzigartigen Regimes gemeinsam erhalten können.

35. Wir sind unverändert besorgt über das Fortbestehen regionaler Konflikte im Südkaukasus und in der Republik Moldau. Wir unterstützen nach wie vor die territoriale Unversehrtheit, Unabhängigkeit und Souveränität Armeniens, Aserbeidschans, Georgiens und der Republik Moldau. Eine friedliche Konfliktlösung auf der Grundlage dieser Prinzipien gewinnt zunehmend an Bedeutung für die Gesamtstabilität in der Region. Wir werden Anstrengungen zur Erreichung dieses Zieles weiterhin unterstützen und sind bereit, mit diesen Ländern Konsultationen über Angelegenheiten von regionalem Belang aufzunehmen. Wir werden diese Länder ferner in ihren Bemühungen unterstützen, die Mechanismen der Konfliktverhütung und friedlichen Konfliktlösung in vollem Umfang zu nutzen.

36. Wir würdigen die Initiativen zur Stärkung der Zusammenarbeit, Sicherheit und Stabilität in der Schwarzmeerregion und werden die regionalen Bemühungen in dieser Hinsicht auch künftig unterstützen.

37. In Übereinstimmung mit dem Bericht des Bukarester Gipfeltreffens zur Rolle der NATO auf dem Gebiet der Energiesicherheit hat das Bündnis weiter über die unmittelbarsten Risiken im Bereich der Energiesicherheit beraten, als Teil unserer Sorgen über das Risiko der Unterbrechung des Flusses lebenswichtiger Ressourcen. In Bukarest haben die Bündnispartner Grundsätze aufgezeigt, von denen der Ansatz der NATO im Bereich Energiesicherheit getragen wird, und Optionen und Empfehlungen für weitere Aktivitäten umrissen. Das Bündnis hat dementsprechend einen Prozess der Umsetzung der Aktivitäten in den in dem Bericht genannten fünf Bereichen begonnen; dies beinhaltet auch Dialog und praktische Zusammenarbeit im Einzelfall mit seinen Partnern, betroffenen internationalen Organisationen und dem Privatsektor mit dem Ziel, die Energiesicherheit in den Bereichen zu fördern, in denen die NATO einen Mehrwert erbringen kann. Wir nehmen die erzielten Fortschritte zur Kenntnis und hoffen auf einen konsolidierten Bericht zum Thema Energiesicherheit, der auf dem Gipfeltreffen 2009 erörtert werden soll.

38. Wir sind entschlossen, der Reform des NATO-Hauptquartiers neue Impulse zu verleihen. Unser Ziel ist es, die Arbeit des Hauptquartiers effektiver, bedarfsgerechter, transparenter und ressourceneffizienter zu machen, um unser auf Konsens beruhendes Entscheidungsverfahren zu unterstützen. Wir begrüßen die Arbeit, die der Generalsekretär als Antwort auf das Ersuchen unserer Staats- und Regierungschefs in Bukarest angestoßen hat, und nehmen die substanziellen Diskussionen auf den späteren Treffen der Verteidigungsminister in London und Budapest zur Kenntnis. Wir sehen der Berichterstattung des Generalsekretärs auf der nächsten Tagung der Verteidigungsminister sowie unserer nächsten Tagung über die Fortschritte bei dieser Arbeit und der Vorlage weiterer Vorschläge entgegen, die zur Fähigkeit des Bündnisses beitragen sollen, das ganze Spektrum seiner Operationen und Missionen zu erfüllen und sich den heutigen Herausforderungen auf dem Gebiet der Sicherheit zu stellen.

39. Auf unserem heutigen Treffen haben wir die Fortschritte bei der Umsetzung der Entscheidungen des Gipfeltreffens von Bukarest überprüft, die zentralen sicherheitsrelevanten Herausforderungen, denen sich das Bündnis gegenüber sieht, erörtert und uns auf Maßnahmen zur Stärkung der Bündnisoperationen verständigt. Wir haben die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Gipfeltreffen anlässlich des

60jährigen Bestehens des Bündnisses im nächsten Jahr geschaffen, auf dem unsere Staats- und Regierungschefs eine Erklärung zur Sicherheit des Bündnisses verabschieden werden; in dieser Erklärung wird die Vision der Allianz von ihrer Rolle bei der Bewältigung der sich abzeichnenden Herausforderungen des 21. Jahrhunderts und der Wahrung der Fähigkeit spezifiziert, das gesamte Spektrum seiner Missionen zu erfüllen, indem es unsere Sicherheit in den eigenen Ländern kollektiv verteidigt und zu Stabilität in anderen Ländern beiträgt.